



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Haubenberger, L. A.: Die Anschlußpolitik in Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

verträge von Versailles und St. Germaine vorläufig unmöglich gemacht worden. Wir sind selbst Schuld daran. Wäre der Völkerbund zur Zeit des Beginnes der Friedensverhandlungen vor die vollendete Tatsache des vollzogenen Anschlusses gestellt worden, dann hätte er seine Zustimmung geben müssen. So aber hat altösterreichische Zauderpolitik den Feinden Zeit gelassen, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschösterreicher in ein merkwürdiges Gewand zu kleiden. Beweis dafür ist der Artikel 80 des Versailler Vertrages:

„Deutschland anerkennt die Unabhängigkeit Oesterreichs in den durch Verträge zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten. Es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.“

Dementsprechend ist auch im Vertrage von St. Germain der bezügliche Artikel der „Allgemeinen Bestimmungen“ (Abschnitt VIII, Artikel 88) abgefaßt:

„Die Unabhängigkeit Oesterreichs ist unabänderlich. Es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Oesterreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgend welchem Wege, namentlich — bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes — im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer andern Macht seine Unabhängigkeit gefährden könnte.“

Diese Vertragsbestimmungen stellen ein Haupthindernis für den Anschluß dar. Außer diesem bestehen, wie Generalsekretär Geiser-Graz, der österreichische Vertreter am vorjährigen Alldeutschen Verbandstage in Frankfurt a. M. (25. September 1920) richtig ausführte, noch zwei andere; nämlich die innere Gegnerschaft gewisser einflußreicher Kreise in Deutschösterreich selbst und das Mißtrauen und die Verständnislosigkeit auf reichsdeutscher Seite.

Alle Welt ist sich darüber einig, daß Oesterreich innerhalb der durch den Vertrag von St. Germaine geschaffenen Grenzen nicht existieren kann, selbst an der Seine beginnt man langsam einzusehen, daß eine Änderung des Vertrages ein Gebot dringlicher Notwendigkeit ist. Trotzdem gibt es einflußreiche Kreise in Oesterreich, die gegen den Anschluß an Deutschland sind. Schon in der denkwürdigen ersten Sitzung der Nationalversammlung des eben erst gebildeten Deutschösterreich am 21. Oktober 1918 gab Abg. Schrafft namens der christlich-sozialen Partei eine Erklärung ab, in der er bezüglich des Verhältnisses zu Deutschland keine Erwähnung tat. Wörtlich sagte er: „Wenn die neuen Nationalstaaten mit Rücksicht auf die geographische Lage und die geschichtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge aus freiem Entschlusse eine Vereinigung zu einem Bundesstaat einzugehen gewillt sind, so wird die christlichsoziale Vereinigung unter voller Wahrung der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschösterreichischen Volkes für die Bildung eines solchen Bundesstaates eintreten.“ — Schon in der Geburtsstunde des neuen österreichischen Staates standen also die Christlichsozialen abseits vom Anschlußgedanken auf dem Standpunkte einer Donauföderation. Seither hat sich nicht viel geändert. Es entstand zwar innerhalb dieser Partei eine anschlussfreundliche Richtung, die besonders in Tirol und Salzburg ernsthaft aufgetreten ist und auch

in Wien unter der Führung des Univ.-Prof. Dr. Hugelmann, dem Herausgeber des angeschlossenfreundlichen „Deutschen Volksblattes“, eine ziemliche Anhängerenschaft hat. Diese Richtung ist aber auf den Gang der Politik dieser Partei ohne besonderen Einfluß, denn die wirklichen Führer der Partei, Rumschaf und Prof. Dr. Seipel sind Anschlußgegner. Die wissenschaftliche Wochenschrift der christlich-sozialen Partei „Das Neue Reich“ schreibt in ihrem Aufsatz „Österreichs Nachfolgestaaten zwischen Wiederaufstieg und Untergang“, verfaßt von Dr. Josef Eberle, am 24. Oktober 1920 u. a. folgendes:

„. . . Und doch, wie bestehen nicht nur religiöse, sondern auch nationale Bedenken gegen den Anschluß! Nationale! Bedeutet die Heimkehr nicht Preisgabe Jahrhunderte alter deutscher Kulturarbeit und Verzicht auf weitere deutsche Kulturmission? Bedeutet sie nicht Zerschlagen der Brücke, die vom verhassten, isolierten Deutschland in die große Welt führt? Nütze ich dem Bruder, wenn ich in dem Augenblicke, wo er selber hungert, zu ihm als Bettler komme? . . . Dann die religiösen Bedenken! Sind sich die Anschlußwüteriche der ganzen Gefahr einer Union mit Deutschland für den österreichischen Katholizismus bewußt? Im neuen Deutschland herrscht zu beinahe 70 Prozent der Protestantismus und so fort.“

Das ist nicht nur Ablehnung, sondern auch Kampf gegen den Anschlußgedanken. Sie wollen Oesterreich durch eigene Kraft und zähe Arbeit wieder aufbauen und erst, wenn dies geschehen ist, eine Verbindung mit irgendeinem Staate eingehen. Besonders nahe liegt der Politik dieser Partei die Schaffung eines katholischen Süddeutschlands (Oesterreich, Bayern) als Gegengewicht gegen das protestantische Norddeutschland. Sie müssen daher als Zerstörer der heiligen Einigkeit des Deutschen Reiches bezeichnet werden. Diese Absicht zu durchkreuzen muß hüben wie drüben zur heiligsten Pflicht gemacht werden. Sie zu erfüllen, wird nicht leicht sein, denn als Pioniere der Zerstörung des einigen Reiches ist der Großteil der österreichischen, katholischen Geistlichkeit am Werke, eine Auswirkung des Strebens nach weltlicher Macht, diktiert vom päpstlichen Rom.

Der Standpunkt der österreichischen Sozialdemokratie zum Anschlußgedanken findet schon in der Erklärung Dr. Viktor Adlers, abgegeben bei der Gründung des österreichischen Staates, entsprechende Beachtung. Er sagte: „Der deutschösterreichische Volksstaat soll sich mit den Nachbarvölkern zu einem freien Völkerbund vereinen, wenn dies die Völker wollen. Lehnen aber die anderen Völker eine solche Gemeinschaft ab, oder wollen sie ihr nur unter Bedingungen zustimmen, die den wirtschaftlichen und den nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird der deutschösterreichische Staat, der, auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich entwicklungsfähiges Gebilde wäre, gezwungen sein, sich als Sonderbundesstaat dem Deutschen Reiche anzugliedern.“ — Die Unmöglichkeit eines Staatenbundes mit den übrigen Nachfolge-(Sukzessions-)Staaten veranlaßte diese Partei, in der weiteren Folge eine angeschlossenfreundliche Politik zu machen. Dieser Absicht entsprang auch die Entsendung ihres Vertrauensmannes, des Dr. Ludo Hartmann als Gesandten nach Berlin, der als Anschlußfreund bekannt ist. Dabei muß zugegeben werden, daß es den Führern nicht um die Wahrung der staats- oder wirtschafts-

politischen Belange zu tun war, sondern um die Erzielung eines bedeutenden Parteivorteiles, dem sie sich durch den Anschluß an das damals (Frühjahr 1920) überwiegend rote Deutschland sicher versprochen. Der Ausgang der letzten Wahlen in Deutschland, die Wendung nach rechts hat die Anschließfreude der sozialdemokratischen Parteiführer merklich abgekühlt. Trotzdem ist die sozialdemokratische Partei Oesterreichs, obwohl sie in ihrer sonstigen Richtung mit der U. S. B. D. sehr nahe verwandt ist, für den Anschluß, wenn auch unter Voraussetzung gewisser Bedingungen. Erst auf dem außerordentlichen Parteitage im Oktober 1920 wurde eine Entschliessung einstimmig angenommen, durch die die Parteileitung beauftragt wird, in der allernächsten Zeit eine Volksabstimmung über den Anschluß durchzusetzen. Die durch die Oktober-Neuwahlen entstandene Umgestaltung der politischen Machtverhältnisse der Parteien veranlaßte die Sozialdemokratie zur Änderung ihrer bisherigen Haltung. Sie lehnen jede Beteiligung an der Regierung ab, haben eine sachliche Opposition angekündigt, und es bleibt abzuwarten, ob sie bei ihrer künftigen Haltung auch die Anschließfrage entsprechend würdigen werden. Sehr wahrscheinlich ist diese Annahme nicht, weil sie naturgemäß jetzt in allen Vertretungskörpern radikaler auftreten werden und sich dabei wieder mehr den Forderungen ihres Parteiprogrammes zuwenden dürften, wodurch die Anschließbewegung zu einer für sie weniger wichtigen Sache wird, zumal es mit der inneren Einigkeit der Partei in der letzten Zeit windig steht. Die Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“ Dr. Frey und Nothke und deren Anhänger haben sich auf einer am 12. November stattgehabten Konferenz von der sozialdemokratischen Partei losgelöst und eine selbständige Partei mit der Bezeichnung: „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (Linke)“ gegründet, die, nach ihren Führern zu schließen, kein Interesse an der Anschließbewegung zu haben scheint und lediglich auf den revolutionären Marxismus eingestellt ist. Dasselbe gilt von der kommunistischen Partei Oesterreichs, die aber, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, nur eine kleine Anhänger-schar hinter sich hat.

Die wirklichen Verfechter aufrichtiger Anschließpolitik sind die völkischen Parteien, die Großdeutsche Volkspartei, die Nationalistische Partei und die Deutsche Bauernpartei, eine Tatsache, die schon in der Stunde des Zerfalles der Habsburger Monarchie deutlich aus den Erklärungen der völkischen Abgeordneten hervorging. Von besonderer Bedeutung war die Erklärung des nationalistischen Abgeordneten Knirsch, der unter anderem ausführte: „Wir nationalen Sozialisten lehnen den Gedanken an eine Vereinigung Deutschösterreichs zu einem Staatenbund mit den aus dem alten Oesterreich erstehenden slawischen Staaten von vornherein ab. Im nationalen, sozialen und kulturellen Interesse fordern wir den staatsrechtlichen Anschluß Deutschösterreichs als Bundesstaat an das Deutsche Reich.“ — Aus diesen Worten geht klar hervor, warum und wie der Anschluß ans Deutsche Reich notwendig ist.

Der Anschlußgedanke wurde übrigens lange vor dem Zerfalle der Monarchie schon treu gepflegt und gefördert, und zwar durch die alldeutsche Gesinnungsgemeinde Oesterreichs, deren Führer Georg Ritter von Schönerer war. Der

selbe sagte im Jahre 1878 im österreichischen Abgeordnetenhaus: „Immer mehr und mehr und immer lauter und lauter hört man in den deutschen Kronländern den Ruf: Wenn wir nur schon zum Deutschen Reiche gehören würden. Im Staate Oesterreich ist nunmehr beinahe alles faul!“ — Der österreichische Polizeimittel war ob solcher Gesinnung gehörig hinter den Anhängern Schönerrers, den „Hochverrätern“ und „Dynastiefeinden“ her und mancher ideale Deutschlandschwärmer mußte seine Liebe zum Brudervolke mit dem Verluste seiner Stellung büßen, wurde gemäßigelt oder verhöhnt. Unablässig aber kämpften diese Volkstreuen in Wort und Schrift für das große Alldeutschland, bis der Zusammenbruch Oesterreichs ganz nahe ans Ziel führte, der Anschluß unmittelbar in den Vordergrund der österreichischen Politik trat. In ganz Deutschösterreich abgehaltene Massenversammlungen gaben Kunde vom Anschlußwillen der Ostmärker, der unbeirrt vom Verbote des Feindbundes sich immer mehr und mehr ausbreitet.

Die Großdeutsche Volkspartei schrieb vor den Oktober-Wahlen die Anschlußfrage als vornehmste Wahllosung auf ihre Parteifahnen und hat nicht nur durch ihren geringen Parteierfolg, sondern vielmehr dadurch, daß sie eine das ganze Volk betreffende Sache zur Partei-, Fraktionsfrage machte, der Anschlußbewegung ziemlichen Schaden zugefügt, denn es würde, besonders in allen über Oesterreich weniger gut unterrichteten Kreisen, der völlig falschen Meinung Nahrung gegeben: Das Anschlußbegehren hätte seine Anhänger nur in der kleinen Gruppe der Völkischen aller Schattierungen, nicht aber in der großen Mehrheit des Volkes. Eine Meinung, die um so eher Anklang fand und heute noch irrigerweise findet, als der unerwartete Wahlsieg der nicht als besondere Anschlußfreunde geltenden Christlichsozialen vielfach mit einer Niederlage des Anschlußgedankens bezeichnet wurde. Eine Ansicht, die ebenfalls unrichtig ist, da die Christlichsozialen in sehr vielen Fällen im Wahlkampfe selbst sich für den Anschluß erklärten, parteiamtlich zur Anschlußfrage aber überhaupt keine klare Stellung nahmen.

Die mittlerweile durchgeführten Anschlußabstimmungen in Tirol und Salzburg, bei denen das Volk sich fast einmütig für den Anschluß an Deutschland aussprach, haben aller Welt bewiesen, daß der Anschlußgedanke im österreichischen Volk tiefer eingewurzelt ist, als irgendwelche parteipolitische Mache einer anschlussfeindlichen Gruppe von Leuten, die aus selbstsüchtigen und konservativ-monarchistischen Belangen für ein selbständiges Oesterreich auftreten.

Laut Beschluß der österreichischen Nationalversammlung soll innerhalb sechs Monaten, gerechnet vom Wahltag, dem 17. Oktober 1920 an, eine allgemeine Volksabstimmung über den Anschluß in ganz Deutschösterreich durchgeführt werden. Der Feindbund erklärte ein solches Plebiszit als den Bestimmungen des Friedensvertrages widersprechend und machte die Frage der Gewährung einer für den Wiederaufbau notwendigen Kredithilfe davon abhängig, daß die österreichische Regierung jedwede Anschlußpropaganda mit allen Mitteln nachdrücklichst unterbinde.

Die nationalsozialistische Partei Oesterreichs hat es bis jetzt in der Anschlußfrage am weitesten gebracht. Auf ihrem Salzburger Gesamtparteitage (August 1920) gelang ihr die Vereinigung aller völkisch-sozialistischen Gruppen Deutschlands, der Tschechei und Polens mit der Deutschösterreichischen Partei zur Nationalsozialistischen Partei des gesamten deutschen Volkes, die somit wohl die einzige deutschzwischenstaatliche Organisation der Politik ist.

Außer den politischen Vereinigungen der anschlufsfreundlichen Parteien Oesterreichs befaßen sich auch eine Reihe unpolitischer Vereine und Verbände mit der Förderung des Anschlußgedankens und der Unterstützung der Anschlußbewegung, so die Schutzvereine, die deutschen Turnvereine, die völkischen Gesangs-, Musik- und Kunstvereine und die völkischen Gewerkschaften und Berufsvereine, vor allem der Nationalverband deutschösterreichischer Offiziere, der mit seinem Führer, General Kraus, unentwegt mit aller Tatkraft für den Anschluß ans Reich arbeitet. Ein besonderes Verdienst in der Anschlußsache hat sich der Alldeutsche Verband erworben. Seine überaus rührigen Ostmark-Ortsgruppen lassen keine Gelegenheit unbenutzt, um durch Kundgebungen, Vorträge und Druckschriften den Anschlußgedanken in allen Kreisen der Bevölkerung zu vertiefen, der Tätigkeit der zahlenmäßig geringen, aber organisatorisch besonders gut eingerichteten Schar der Anschlußfeinde erfolgreich gegenüberzutreten, was um so mehr notwendig ist, als diese durch ihre Taktik — Verlegung ihres Arbeitsfeldes in Gebiete mit verhältnismäßig dünner Intelligenzschicht — Erfolgsmöglichkeiten haben, die der Anschlußbewegung schaden würden. Wo das Rückgrat dieser gegnerischen Bestrebungen zu suchen ist, wurde schon in einem früheren Absätze vor Augen geführt. Bemerkenswert ist nur, daß der diesen Kreisen parteipolitisch angehörende österreichische Bundesminister für Handel und Gewerbe, Heidl, erst vor kurzem einem Mitarbeiter des „Magyar Hirlap“ erklärte, der Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich wird unvermeidlich sein.

Wenig erfreulich ist, daß in Oesterreich bis jetzt so viel wie gar nichts geschehen ist, um die Grundlagen für den Anschluß, soweit sie im Bereiche des Möglichen liegen, zu schaffen oder doch vorzubereiten. Eine Angleichung der österreichischen Verfassungs-, Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten an die bestehenden des Deutschen Reiches wäre fraglos schon jetzt ebenso möglich, wie eine Gleichartigkeit in der Behandlung wirtschaftlicher und außenpolitischer Fragen. Daran hindert das feindbündliche Anschlußverbot nicht, zumal durch die Zulassung Oesterreichs als Mitglied des Völkerbundes ein Hindernis an der Teilnahme Oesterreichs an den Angelegenheiten einer anderen Macht hinfällig geworden ist.

Die Lage in Oesterreich, das in seiner heutigen Gestaltung eine dem Selbstbestimmungsrechte der Völker hohnsprechende Schaffung des Feindbundes ist, weist mit jedem Tage mehr auf die gänzliche Unmöglichkeit des selbständigen Weiterbestehens nachdrücklichst hin. Fortwährende Finanz- und Ernährungskrisen und ständige Streiks öffnen nun auch dem feindbündlichen Auslande die Augen. Sie kommen langsam zur Einsicht, daß Oesterreich ein Unding ist in der jetzigen Gestalt und die Lage zur Lösung drängt, verschließen sich aber der einzig möglichen Regelung, dem Anschlusse Oesterreichs an Deutschland vollkommen und stellen nur Hilfe in Aussicht, zeitliche Hilfe, die nicht hilft. Eine solche müßte dauernd sein und sehr ausgiebig, wodurch aber Oesterreich auch dauernd zur Kolonie der Helfenden würde, nicht ein unabhängiges Land, wie es die Friedensmacher schaffen wollten.

Die wichtigste österreichische Frage ist und bleibt nur die Anschlußfrage. Ohne Anschluß ist ein Wiederaufbau in Oesterreich unmöglich. Die feindbündliche Kredithilfe, die immer wieder versprochen, aber immer wieder verschoben wird, die die Hoffnung aller jener ist, die ernsthaft an die Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich glauben, soll die Notwendigkeit unseres Anschlusses an

Deutschland ersehen. Aber sie läßt auf sich warten. Mittlerweile schreitet die Zerrüttung von Staatsfinanzen und Wirtschaft rüstig vorwärts. Der Wert der österreichischen Krone ist nahe dem Nullpunkt. Ein weiteres Zuwarten der feindbündlichen Kreditgeber bringt die Katastrophe und die Selbsthilfe der Österreicher: Die Proklamation des Anschlusses als fertige Tatsache.



Der Bücherbesitz der Hohenzollern

Von Dr. Bogdan Krieger

II.



ährend im Vorhergehenden, abgesehen von der Bibliothek Friedrich Wilhelm III., durch die im alten Schloß befindliche Büchersammlung ihrer Bedeutung und ihrem Wert nach gekennzeichnet wurde, sollen nunmehr die historischen Hohenzollernbibliotheken und Einzelsammlungen der Hausbibliothek kurz besprochen werden. Da der Große Kurfürst 1661 seine Privatbibliothek, in die auch die Bücher seiner Vorfahren übergegangen waren, zu einer öffentlichen machte, die Bücher des Königs Friedrichs I. sich bis auf Einzelheiten nicht erhalten haben und Friedrich Wilhelm I. keine nennenswerte Bücherei besaß, bilden die Bibliotheken Friedrichs des Großen die ältesten Bestände der Hausbibliothek. In jedem der von ihm bewohnten Schlösser, also im Stadtschloß in Potsdam, in Sanssouci, im Neuen Palais bei Potsdam, im Berliner und Charlottenburger Schloß, sowie in Breslau, besaß der König eine Büchersammlung. Die älteste von ihnen ist die im Potsdamer Stadtschloß mit etwa 1000 Bänden, die Bibliothek in Sanssouci, in die die Rheinsberger Bibliothek des Königs aufging, umfaßt 2288 Bände, etwas geringeren Umfangs ist die jüngste der drei Potsdamer Bibliotheken im Neuen Palais. Die Berliner und Charlottenburger Bibliothek sind nur noch zum Teil erhalten. Die Bibliothek in Breslau enthält etwas über 700 Bände. Insgesamt sind von den Büchern Friedrichs des Großen noch 6700 Bände erhalten, von denen nicht, wie Herr Heinig meint, einige, sondern alle in literarischer und bibliophiler Hinsicht wertvoll sind und schon manches Bücherfreundes Entzücken erregt haben. Sie wurden insgesamt mit 2 218 265 M. abgeschätzt, wobei zu bemerken ist, daß die Sammlungen in ihrer Gesamtheit viel höher einzuschätzen sind. Die hohe literarische und bibliophile Bewertung der Bibliotheken Friedrichs des Großen hat verschiedene Gründe. Einer ist ihre Erhaltung in einheitlicher, ursprünglicher Geschlossenheit. Gewiß gibt es viele Familienbibliotheken älterer Entstehungszeit. Diese werden aber in den allermeisten Fällen durch Zutaten aus späteren Zeitabschnitten nicht mehr so deutlich das literarische und buchtechnische Gepräge einer bestimmten Zeitepoche tragen wie verschiedene Bibliotheken der Hohenzollernfürsten, insbesondere die Friedrichs des Großen. Zweitens sind die Bibliotheken des Königs durchaus der Ausdruck seiner wissenschaftlichen und schöngeistigen Interessen. In diesen Bibliotheken, könnte man sagen, steht kein Buch, zu dem er nicht ein persönliches Verhältnis hatte. Be-